

BFH-Leitsatz-Entscheidungen

1. **Abgabenordnung: Wann ist die Ablaufhemmung des § 171 Abs. 8 AO beendet?**
Urteil vom 26.07.2023, Az: II R 5/21
2. **Abgabenordnung: Anzeigepflichten der Beteiligten und Notare sind objektiver Natur**
Urteil vom 16.05.2023, Az: II R 35/20
3. **Abgabenordnung: Wie muss eine Rechtsbehelfsbelehrung aussehen?**
Beschluss vom 17.08.2023, Az: III R 26/22
4. **Umwandlungssteuergesetz: Zur Reichweite von § 4 Abs. 6 S. 6 Alt. 2 in der Fassung von 2015**
Urteil vom 17.08.2023, Az: III R 37/20
5. **Abgabenordnung: Säumniszuschläge waren verfassungsgemäß**
Beschluss vom 16.10.2023, Az: V B 49/22 (AdV)
6. **Abgabenordnung: Zum Änderungsschutz von § 176 Abs 2 AO**
Urteil vom 24.08.2023, Az: V R 49/20
7. **Umsatzsteuer: Wann gilt ein Entgelt als „vereinnahmt“?**
Urteil vom 17.08.2023, Az: V R 12/22
8. **Insolvenzordnung: BGH-Rechtsprechung zum bargeschäftsähnlichen Leistungsaustausch auf steuerrechtliches Drei-Personen-Verhältnis übertragbar?**
Urteil vom 20.06.2023, Az: VII R 22/19
9. **Zivilprozessordnung: Wann ist eine Nichtigkeitsklage statthaft?**
Urteil vom 10.10.2023, Az: IX K 1/21
10. **Abgabenordnung: Kein Rechtsschutzbedürfnis bei Klage auf Verfassungswidrigkeit des Soli**
Urteil vom 26.09.2023, Az: IX R 9/22
11. **Abgabenordnung: § 29b AO genügt den Anforderungen der DSGVO**
Urteil vom 05.09.2023, Az: IX R 32/21
12. **Abgabenordnung: "Verklicken" beim Import von steuerlichen Daten in das ELSTER-Portal ist kein nach § 173a AO korrigierbarer Schreibfehler**
Urteil vom 18.07.2023, Az: IX R 17/22

13. Einkommensteuer: Ausgleichszahlungen im Rahmen der Beendigung eines Zins-Währungs-Swaps abzugsfähig?

Urteil vom 20.06.2023, Az: IX R 15/21

Urteile und Beschlüsse:

1. Abgabenordnung: Wann ist die Ablaufhemmung des § 171 Abs. 8 AO beendet?

Urteil vom 26.07.2023, Az: II R 5/21

1. Die Ablaufhemmung des § 171 Abs. 8 der Abgabenordnung (AO) wird auch dann beendet, wenn der Vorläufigkeitsvermerk vom Finanzamt aufgehoben wird. Auf den Wegfall der Ungewissheit und die Kenntnis des Finanzamts von den Tatsachen, wegen derer die Steuerfestsetzung nach § 165 Abs. 1 Satz 1 AO vorläufig erging, kommt es dann für die Beendigung der Ablaufhemmung der Festsetzungsfrist nicht mehr an.

2. Vor der Aufhebung des Vorläufigkeitsvermerks dem Grunde nach entstandene Nachlassverbindlichkeiten, die erst danach beziffert und konkretisiert werden, führen nicht zu einer Änderung der Steuerfestsetzung nach § 175 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AO . Das gilt auch dann, wenn das Finanzamt erst nach Aufhebung des Vorläufigkeitsvermerks Kenntnis von den Nachlassverbindlichkeiten erlangt.

2. Abgabenordnung: Anzeigepflichten der Beteiligten und Notare sind objektiver Natur

Urteil vom 16.05.2023, Az: II R 35/20

1. Die grunderwerbsteuerrechtlichen Anzeigepflichten der Beteiligten und Notare sind objektiver Natur.

2. Die Prüfung der leichtfertigen Steuerverkürzung folgt auch im Rahmen der Festsetzungsverjährung materiell-rechtlich dem Ordnungswidrigkeitenrecht. Es gilt ein subjektiver Leichtfertigungsmaßstab.

3. Abgabenordnung: Wie muss eine Rechtsbehelfsbelehrung aussehen?

Beschluss vom 17.08.2023, Az: III R 26/22

1. Erwähnt die Rechtsbehelfsbelehrung die elektronische Einlegung im Sinne des § 357 Abs. 1 Satz 1 der Abgabenordnung (AO) , ist ein zusätzlicher Hinweis auf die Möglichkeit einer Einspruchseinlegung mittels E-Mail nicht erforderlich.

2. Die Rechtsbehelfsbelehrung ist hinsichtlich der Formerfordernisse für die Einlegung eines Einspruchs weder unvollständig noch unrichtig im Sinne des § 356 Abs. 2 AO , wenn sie den Wortlaut des § 357 Abs. 1 Satz 1 AO wiedergibt.

4. Umwandlungssteuergesetz: Zur Reichweite von § 4 Abs. 6 S. 6 Alt. 2 in der Fassung von 2015

Urteil vom 17.08.2023, Az: III R 37/20

1. Die Vorschrift des § 4 Abs. 6 Satz 6 Alternative 2 des Umwandlungssteuergesetzes in der im Streitjahr 2015 anwendbaren Fassung (UmwStG 2006), nach der ein Übernahmeverlust außer Ansatz bleibt, ist für im Privatvermögen und im Betriebsvermögen gehaltene Anteile an der übertragenden Körperschaft anwendbar.

2. Ein für den Abzug des Übernahmeverlusts schädlicher Anteilserwerb innerhalb der letzten fünf Jahre vor dem steuerlichen Übertragungstichtag liegt wegen der Fiktion des § 5 Abs. 1 UmwStG 2006 auch dann vor, wenn der übernehmende Rechtsträger die Anteile tatsächlich erst nach dem steuerlichen Übertragungstichtag angeschafft hat.

3. § 4 Abs. 6 Satz 6 Alternative 2 und § 7 UmwStG 2006 sind weder teleologisch zu reduzieren noch verfassungswidrig, soweit sich bei der Ermittlung des Übernahmeverlusts oder der offenen Rücklagen ausgewirkt hat, dass Pensionsrückstellungen in der Handelsbilanz und in der Steuerbilanz der übertragenden Körperschaft in unterschiedlicher Höhe passiviert waren.

5. Abgabenordnung: Säumniszuschläge waren verfassungsgemäß

Beschluss vom 16.10.2023, Az: V B 49/22 (AdV)

1. Bei summarischer Prüfung bestehen nach den Urteilen des Bundesfinanzhofs vom 23.08.2022 - VII R 21/21 (BFHE 278, 1, BStBl II 2023, 304) und vom 15.11.2022 - VII R 55/20 (BFHE 278, 403, BStBl II 2023, 621) keine ernstlichen Zweifel mehr an der Verfassungsmäßigkeit verwirkter Säumniszuschläge, auch soweit diese nach dem 31.12.2018 entstanden sind.

2. Ernstliche Zweifel an der Höhe der Säumniszuschläge ergeben sich auch nicht aus den unionsrechtlichen Grundsätzen des Äquivalenz-, Effizienz-, Verhältnismäßigkeits- und Neutralitätsprinzips.

6. Abgabenordnung: Zum Änderungsschutz von § 176 Abs 2 AO

Urteil vom 24.08.2023, Az: V R 49/20

§ 176 Abs. 2 AO gewährt keinen Änderungsschutz, wenn der BFH eine dort bezeichnete Verwaltungsvorschrift erst nach dem Erlass des angefochtenen Änderungsbescheids als nicht mit dem geltenden Recht in Einklang stehend bezeichnet.

7. Umsatzsteuer: Wann gilt ein Entgelt als „vereinnahmt“?

Urteil vom 17.08.2023, Az: V R 12/22

Bei Überweisungen liegt eine Vereinnahmung des Entgelts im Sinne von § 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b UStG auch dann erst im Zeitpunkt der Gutschrift auf dem Girokonto des Zahlungsempfängers vor, wenn die Wertstellung (Valutierung) bereits zu einem früheren Zeitpunkt wirksam wird.

8. Insolvenzordnung: BGH-Rechtsprechung zum bargeschäftsähnlichen Leistungsaustausch auf steuerrechtliches Drei-Personen-Verhältnis übertragbar?

Urteil vom 20.06.2023, Az: VII R 22/19

Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zum bargeschäftsähnlichen Leistungsaustausch und ihre Folgen für die Vermutung nach § 133 Abs. 1 Satz 2 der Insolvenzordnung (InsO) können nicht auf ein steuerrechtliches Drei-Personen-Verhältnis übertragen werden, in dem das Finanzamt als Dritter Anfechtungsgegner ist. Ob der Schuldner im Sinne von § 133 InsO mit Gläubigerbenachteiligungsvorsatz gehandelt und das Finanzamt diesen gekannt hat, ist daher im Einzelfall zu prüfen.

9. Zivilprozessordnung: Wann ist eine Nichtigkeitsklage statthaft?

Urteil vom 10.10.2023, Az: IX K 1/21

Die Nichtigkeitsklage ist nicht statthaft, wenn mit ihr lediglich eine Verletzung der Pflicht zur Vorlage an den Gerichtshof der Europäischen Union geltend gemacht wird.

10. Abgabenordnung: Kein Rechtsschutzbedürfnis bei Klage auf Verfassungswidrigkeit des Soli

Urteil vom 26.09.2023, Az: IX R 9/22

Für eine Klage, mit der die Verfassungswidrigkeit des Solidaritätszuschlags ab dem Jahr 2020 geltend gemacht wird, fehlt es am Rechtsschutzbedürfnis, wenn die Steuerfestsetzung wegen dieses Punktes vorläufig ist und beim Bundesverfassungsgericht bereits ein einschlägiges Musterverfahren (hier: 2 BvR 1505/20) anhängig ist.

11. Abgabenordnung: § 29b AO genügt den Anforderungen der DSGVO

Urteil vom 05.09.2023, Az: IX R 32/21

1. § 29b der Abgabenordnung (AO) legitimiert die Finanzbehörde, unter den dort genannten Voraussetzungen für sämtliche das Steuerverfahrensrecht betreffende Maßnahmen personenbezogene Daten zu verarbeiten.

2. § 29b AO genügt den Vorgaben des Art. 6 Abs. 3 der Datenschutz-Grundverordnung und verletzt nicht das unionsrechtliche Normwiederholungsverbot.

3. § 29b AO verstößt weder gegen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes) noch gegen das Recht auf Schutz personenbezogener Daten gemäß Art. 8 Abs. 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

12. Abgabenordnung: "Verklicken" beim Import von steuerlichen Daten in das ELSTER-Portal ist kein nach § 173a AO korrigierbarer Schreibfehler

Urteil vom 18.07.2023, Az: IX R 17/22

1. Ein "Verklicken" beim Import von steuerlichen Daten in das ELSTER-Portal ist kein nach § 173a AO korrigierbarer Schreibfehler.

2. § 173a AO ist nicht bei sonstigen offenbaren Unrichtigkeiten, die dem Steuerpflichtigen bei der Erstellung seiner Steuererklärung unterlaufen sind, anwendbar (Bestätigung der Senatsentscheidung vom 27.04.2022 - IX B 57/21).

13. Einkommensteuer: Ausgleichszahlungen im Rahmen der Beendigung eines Zins-Währungs-Swaps abzugsfähig?

Urteil vom 20.06.2023, Az: IX R 15/21

Muss der Steuerpflichtige bei Beendigung eines Zins-Währungs-Swaps eine Endtauschzahlung in fremder Währung erbringen und muss er dafür wegen nachteiliger Änderung des Umtauschkurses einen höheren Betrag in Euro aufwenden, als er von der Gegenseite bekommt, kann er den Differenzbetrag nicht als Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung abziehen.